

No. 23
September 2013

Grenzen aktueller Krisendebatten
Über Konstruktionen der öffentlichen Meinung und das
Verhältnis von Sach- und Grundsatzdiskussionen in
(neo)liberalen Demokratien

Jürgen Nordmann

**Institute for Comprehensive
Analysis of Economy**

**Institut für
die Gesamtanalyse der
Wirtschaft**

**Johannes Kepler
Universität Linz**

Altenbergerstraße 69
4040 Linz
Austria

Tel.: +49 732 2468 3402

csc@jku.at
www.icae.at

Grenzen aktueller Krisendebatten Über Konstruktionen der öffentlichen Meinung und das Verhältnis von Sach- und Grundsatzdiskussionen in (neo)liberalen Demokratien

Jürgen Nordmann

„Die von oben ausgehenden Initiativen hatten natürlich immer dann besonderen Erfolg, wenn sie sich spontane und undefinierte einfache Gefühle zunutze machten und diese manipulierten.“ (Hobsbawm 1995, 135)

Wenn die öffentlichen Debatten zur politischen oder wirtschaftlichen Krise ab Herbst 2008 analysiert werden sollen, müssen vorab grundlegende Landkarten angelegt werden, die ein Raster zur Kennzeichnung des an sich ausufernden Gegenstandes erstellen. Begriffsklärungen und inhaltliche Eingrenzungen sind ebenso notwendig wie die Konkretisierung der Frage, wer wann und wo in einem öffentlichen Raum (der liberalen Demokratie im Kapitalismus) spricht. Ein Diskurs wird immer von den Zugangsbedingungen und Ausschlussbedingungen (Foucault 1974) und dem Grad der ‚Vermachtung‘ der Öffentlichkeitsprozesse (Habermas 1990, 28) bestimmt, die gleichermaßen sprachliche wie auch soziologische und politische Beschränkungen beinhalten, obwohl Einschränkungen der öffentlichen Meinungsbildung einschlägigen Verfassungsnormen der Demokratie widersprechen. Zum Beispiel bleiben die Regulierungen des Kapitalismus durch die Demokratie randständig, sofern die Gesellschaft die zweckrationale Leitidee des Kapitalismus anerkennt.¹ Keineswegs ist es in der liberalen Demokratie gegeben, dass jeder Bürger oder jedes Mitglied der demokratischen Gesellschaft eine Stimme im öffentlichen Raum hat.²

¹ „Gewiß können dem System durch Staat und Recht von außen Grenzen gezogen und Regulierungen auferlegt werden, die Auswüchse und nicht hinnehmbaren Folgen eindämmen, soweit die staatliche Ordnung, die ihrerseits auf ein Wachstum hervorbringende Wirtschaft angewiesen ist, dazu die Kraft hat. Das geschieht auch in gewissem Umfang. Aber es bleibt, soweit es gelingt, eine Korrektur am Rande, die der Funktionslogik des Systems abgerungen werden muß. Diese zielt stets auf möglichste Deregulierung.“ (Böckenförde 2011, 68)

² Das Thema der politischen Stimme hat in der repräsentativen Demokratie einen sozialen, einen demokratietheoretischen und einen philosophischen Aspekt. Zu letzterem äußerste sich Stanley Cavell folgendermaßen: „Zählt man ‚das Sprechen für andere und das Sprechen anderer für einen selbst‘ zum Gehalt der politischen Zustimmung, dann folgt daraus, daß ein bloßer Rückzug aus dem Gemeinwesen (inneres oder äußeres Exil), grammatisch gesehen, nicht die Zurücknahme der Zustimmung zu ihm ist. Da

Der öffentliche Diskurs ist derzeit professionellen Schreibern und Rednern, Journalisten, Berufspolitikern und Wissenschaftlern respektive Experten überlassen. Es herrscht in den Krisendiskursen seit 2008 eine Überpräsenz von sogenannten ‚Experten‘. Laien kommen in den Medien als ‚O-Töne‘, als Meinung auf der Straße zu Wort, nicht aber kommentierend in einem Sach- oder Grundsatzdiskurs. An dieser Stelle verdeutlicht sich konkret das Demokratiedefizit der demokratischen Öffentlichkeit und Meinungsbildung. Ohnehin hat das, was man verschwommen als Öffentlichkeit bezeichnen kann, zwar Knotenpunkte auf einer strukturierenden Landkarte, aber korrekter müsste man mit Habermas von ‚konkurrierenden Öffentlichkeiten‘ sprechen, die im Idealfall eine pluralistische Gesamtöffentlichkeit konstituieren (Habermas 1990, 15).

Bei den Reaktionen auf die Krise 2008 ist zu berücksichtigen, dass sich die Machtverhältnisse und die Produktionsfaktoren des wirtschaftlichen Systems der Bundesrepublik Deutschland im Allgemeinen und des Mediensektors im Besonderen in den Krisendebatten widerspiegeln. Das heißt, dass eine das kapitalistische respektive neoliberal kapitalistische System weitgehend befürwortende politische Öffentlichkeit (zum Beispiel Parlamente, Regierungen und Verlautbarungen von staatlichen Institutionen) Debatten über Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik sowie Wege aus der Krise führte. Die fundamentale Kritik, die sich anfangs auch in der bürgerlichen Presse, die das politische und wirtschaftliche System der Bundesrepublik publizistisch stützt, durchzusetzen schien (Die ZEIT titelte zum Beispiel drastisch „Zivilisiert den Kapitalismus, Nr. 39, 18. September, die inzwischen dem bürgerlich-grünen Spektrum zuzuordnende ‚Tageszeitung‘ wählte die Überschrift ‚Kapitalismus gescheitert‘, Die Tageszeitung, Nr. 8968, 1. Oktober 2008), hatte von Beginn an keinen nachvollziehbaren Handlungszusammenhang. Der Abschied der bürgerlich-liberalen Presse vom Kapitalismus wurde allein in den Titeln vollzogen. Das Kleingedruckte löste die großsprecherischen Überschriften selten ein, und in der Regel forderten die kommentierenden Redakteure nicht mehr als neue Regeln für die Finanzindustrie und die vorsichtige Rückkehr der Makroökonomie, die wider tieferer Einsicht, und durchaus analog der neoliberalen Ideologie gedacht, mit einem Ende der neoliberalen Epoche gleichgesetzt wurden.

das Geben der Zustimmung die Anerkennung anderer mit einschließt, enthält die Zurücknahme der Zustimmung dieselbe Anerkennung: Ich muß *beides* sagen, sowohl: ‚Es ist nicht mehr meines‘ (ich bin nicht länger dafür verantwortlich, es spricht nicht mehr für mich), *als auch*: ‚Es ist nicht länger unseres‘ (nicht das, was wir ausgemacht haben; wir erkennen darin den Grundsatz der Zustimmung nicht wieder, das ursprüngliche ‚wir‘ ist nicht mehr durch Zustimmung untereinander verbunden, sondern nur noch durch Gewalt, und mithin existiert es nicht mehr). Abweichender Meinung zu sein ist nicht das Aufkündigen der Zustimmung, sondern ein Disput über ihren Gehalt, ein innerer Disput darüber, ob ein bestimmtes Arrangement ihrem Geist entspricht. Das Gegenstück zum politisch für sich selbst Sprechen ist nicht: privat für sich selbst zu sprechen. Die Alternative wäre, (politisch) nichts zu sagen zu haben.“ (Cavell 2006, 78-79)

Wir müssen also voraussetzen, dass es im professionellen Medienlager, insbesondere bei der überregionalen Presse, nur an den Rändern möglich war, das System als Ganzes zu kritisieren und über Systemalternativen nachzudenken. Sieht man einmal in die Historie, werden in finanzwirtschaftlichen Krisen nicht oder meist zeitlich verzögert politische und wirtschaftliche Eliten ausgetauscht (dazu auch aktuell Graeber 2012). In der Bundesrepublik festigten sich sogar seit 2008 die regierenden politischen, wirtschaftlichen und eben auch die medienindustriellen Eliten. Sie haben deshalb allenfalls ein defensives Interesse an Grundsatzdebatten, es sei denn, man kann sie für die eigenen Zwecke der Erhaltung des bestehenden Status Quo instrumentalisieren. Das versuchten vor allem ab 2009 neoliberale Kommentatoren, wenn sie das Staatsschuldenproblem von dem Bankencrash abkoppelten (was inzwischen weithin unwidersprochen hingenommen wird), und erneut Kürzungen im Sozialhaushalt anmahnten.³

Des Weiteren darf nicht vergessen werden, dass die Medien überwiegend nach privatwirtschaftlichen Richtlinien organisiert sind. Sie sind deshalb nach innen gänzlich hierarchisch strukturiert (mit Ausnahme einiger genossenschaftlich organisierter Tageszeitungen und politisch besetzter Kontrollgremien in den öffentlich-rechtlichen Fernsehsendern), und ein offener demokratischer Diskurs ist intern nur in Ausnahmefällen möglich. Nach wie vor lehnen die liberalen Demokratien wirtschaftsdemokratische und innerinstitutionell demokratische Ansätze strikt ab, weshalb die Demokratie nicht nur vor den Werkstoren und den Hörsälen, sondern auch vor den Redaktionen und Fernsehstudios endet. Wenn konstatiert werden kann, dass die Medienindustrie ein Hauptziel der neoliberalen Deregulierungsmaßnahmen war, ist wahrscheinlich, dass die privaten Medien die Politik der Deregulierung nicht in Bausch und Bogen kritisieren. Das hieße, sich die eigene ökonomische Existenzgrundlage zu entziehen. Die kapitalistischen, oft auch neoliberalen Interessenlagen der Medienindustrie sind insofern bei den Krisendebatten immer ‚der steinerne Gast‘, der die offiziellen Verlautbarung von Meinungsfreiheit und der Freiheit der Medien relativiert.

Die Debatte um die Krise 2008 war in Deutschland strukturell durch diese Schranken und Hürden des Zugangs eingeschränkt. Sie konnte nur bedingt als Ausdruck einer kritischen Öffentlichkeit um die Grundlagen des Zusammenlebens und der freien Meinungsbildung, die idealistisch das Grundgesetz den Medien als Aufgabe zuteilt, gewertet werden, weil eine größtmögliche Beteiligung aller Schichten, Gruppen und Klassen (Meinungen und Interessen) der deutschen Gesellschaft an der

³ „Die große Krise des Westens ist im Kern eine Schuldenkrise. Also muss sie durch Schuldenabbau gelöst werden; Sparsamkeit – ‚Austerität‘ – ist das Gebot, nicht nur der Stunde, sondern der kommenden Jahre, wenn nicht gar Jahrzehnte. So ähnlich lautet nicht nur die Doktrin der deutschen Politik für Europa, so ähnlich denken auch die meisten Politiker in Washington, auch wenn das von außen manchmal anders aussieht.“ (Nikolaus Piper: Japan spielt anders, in: Süddeutsche Zeitung Nr 10, 12./13. Januar 2013, S. 21)

Krisendiskussion nicht gewährleistet war. Dieser Sachverhalt bezeichnet die erste und wichtigste Grenze der Krisendebatten.

Die deutsche Medienlandschaft hatte 2008, und hat es immer noch bezüglich des Raums, in dem die grundsätzlichen Krisendebatten geführt wurden, Besonderheiten aufzuweisen. Die bürgerliche Qualitätspresse ist etwas überraschend nach wie vor der Knotenpunkt der für den öffentlichen Diskurs relevanten Medienlandschaft. Grundsätzlich förderten neoliberal orientierte Regierungen den Wettbewerb im Mediensektor, worunter in Deutschland in den 1980er Jahren eine Implementierung des Privatfernsehens verstanden wurde. Das Privatfernsehen setzte von Beginn an auf eine Fusion von Unterhaltungs- und Informationsformaten, sodass intellektuelle Grundsatzdebatten kaum möglich waren. Sie waren auch nicht das Ziel.

Ein weiteres Element neoliberaler Wirtschaftspolitik ist die Förderung der IT-Branche. Inzwischen haben im reinen Nachrichtenbereich Internetmedien entscheidende Schnelligkeitsvorteile gegenüber herkömmlichen Printmedien. Aber Krisendebatten oder in der Erweiterungsform Diskurse werden eher nicht im Nachrichtenbereich, sondern im Kommentar und Hintergrundbereich geführt. Die grundsätzlichen Interventionen sind nicht in dem gleichen Maße auf den Faktor Zeit angewiesen. Die Möglichkeiten der Internetkommunikation sprengen zwar die Grenzen herkömmlicher Medien, vor allem der Printmedien, aber Bloggs oder Internetzeitungen haben noch nicht die Wirkung herkömmlicher medialer Erzeugnisse (Fernsehen und überregionale Zeitungen) erreicht, weil ihnen die Möglichkeit der Schwerpunktsetzung bislang fehlte. Der unendliche Raum des World Wide Web setzt mehr willkürlich und nicht nachhaltig Knotenpunkte. Es ist möglich, mit einem ‚Shitstorm‘ (zum Beispiel im Fall Christian und Bettina Wulff) oder einer ‚Schwarmintelligenz‘ (zum Beispiel im Fall Guttenberg) sehr schnell eine öffentliche Wirkung zu erzielen, aber eine demokratische Grundsatzdiskussion im Internet, wie sie die neue Piratenpartei 2012 führen wollte, scheitert bisher weniger an Hürden des Zugangs als an dem Fehlen von standardisierenden Regeln.

Im Medienbereich wird nach wie vor unterschätzt, dass ein Großteil der Medien nicht für sich Themen setzt, sondern überwiegend von anderen Medien Themen übernimmt. Im Bereich der Grundsatzdiskussionen haben die herkömmlichen Printmedien, insbesondere die bürgerlichen Qualitätspresse (einschließlich dem Spiegel) weiterhin eine Ankerfunktion und auch ein Monopol. Fast alle Grundsatzdebatten in der Bundesrepublik nach 2008 gingen auf die Frankfurter Allgemeine Zeitung, die Süddeutsche Zeitung, die ZEIT, den Spiegel, die ‚Welt‘ oder die Frankfurter Rundschau zurück.⁴ Diese Zeitungen sind an sich nicht neoliberal, weil sie intern in aller Regel nach pluralistischen Prinzipien organisiert sind, aber, wenn man sich fragt, wo die neoliberale

⁴ In der SZ, der ZEIT und der FAZ wurden zwischen 2009 und 2011 großangelegte Serien über die Zukunft des Kapitalismus und der Demokratie organisiert.

Meinungsmacht vorzufinden ist, dann wird man doch auf die bürgerliche überregionale Presse verweisen müssen. Neoliberal orientiert sind vor allem die Wirtschaftsredaktionen der Frankfurter Allgemeinen Zeitung, der Neuen Zürcher Zeitung, der Welt und zum Teil der Süddeutschen Zeitung und der ZEIT. Eine rein neoliberale Wochenzeitschrift ist die Schweizer ‚Weltwoche‘.

Wer als Experte anerkannt sein will, braucht mediale Präsenz. Die Anerkennung in der Politik und eine Rolle in dem Prozess der öffentlichen Meinungsbildung bedürfen eines besonderen Expertenstatus. Erst wenn zum Beispiel ein Wissenschaftler als Experte in Dokumentationen, Nachrichtensendungen oder in Talkshows des öffentlich-rechtlichen Fernsehens auftritt, kann er sich einer den Wissenschaftsbereich überschreitenden Anerkennung sicher sein. Wie kommt der Wissenschaftler zu medialer Präsenz? Den Expertenstatus erwirbt der Wissenschaftler in einem schneeballartig funktionierenden Mediennetzwerk. Im deutschen Sprachraum haben wie beschrieben die überregionalen Tageszeitungen und der Spiegel sowie die ZEIT eine Anker- und Verteilerfunktion, weil sie es sind, die den Anspruch stellen, gesellschaftlich relevante Debatten zu führen. Insofern zählen sie zum Kern des Urteilspools, der die unübersichtliche Flut von Nachrichten kommentiert, in gebündelten Hintergrunddebatten aufarbeitet und je nach Bedarf externe Experten in die Debatten einbindet. Die Nachrichtenagenturen geben sozusagen das Material vor, das Fernsehen verfügt über die größte Bildmacht und kommentiert kurz und einprägsam die aus dem Material gezogenen Bilder. Das Internet reagiert eher auf die in Printmedien geführten Grundsatzdebatten. Es stellt Meinungsräume zweiter Ordnung zur Verfügung. Auch deshalb zweiter Ordnung, weil die professionalisierten Schreiber (Wissenschaft, Printmedien, Intellektuelle) kaum einen ernährenden Markt im Internet haben. Das Urheberrecht wird von der Internetgemeinde mehrheitlich abgelehnt, ist aber in der marktorientierten Medienwelt die Grundlage der Entlohnung von Texten.

Krisendebatten und öffentliche Meinung im Neoliberalismus

Neoliberale Machtsysteme und neoliberale Theorien vertreten Auffassungen von öffentlicher Meinung, die sich nicht an den Idealen der Demokratie und der Medien als zusätzlicher demokratischer Instanz orientieren. Das geht auf die von Alexis de Tocqueville und Lord Acton vertretene liberale Ablehnung einer Massendemokratie zurück. Diese hat sich innerhalb des 19. Jahrhunderts vor allem in den USA und Westeuropa durchgesetzt. Die korporative Massendemokratie, auch die der Wohlfahrtsstaaten, lehnte weitgehende Partizipation ab, und bevorzugte repräsentative Modelle, in denen es darum geht, Regierungshandeln im Nachhinein zu bestätigen, und über einen Rechtsstaat die Legitimität der Verfahren zu gewährleisten (Luhmann 1983). Das eröffnet Möglichkeiten, die Interessen von starken Minderheiten zum Maß der Regierungspolitik zu machen. Mit dem Erfolg der repräsentativen (Massen)Demokratie wuchs die

Bedeutung der verborgenen Machttechniken, weil der oligarchische Kern und die Ungleichheit der Gesellschaftsschichten dem Anspruch der politischen Gleichheit widersprachen und schwer durch Verfassungen zu legitimieren waren. Für die traditionellen und bürgerlichen Eliten, die in den ungleichen Gesellschaften Europas einen privilegierten Zugang zur Macht hatten, schien es entscheidend zu sein, wie man am besten Massen manipulieren konnte (Hobsbawm 1995, 116). Denn eigentlich mussten die herrschenden Eliten die Politik der Demokratie fürchten, weil eine vornehmlich arme Bevölkerung die Privilegien der klassischen Eliten beschneiden muss, sofern sie ihre Interessen vertritt. Aber gerade auch die Konservativen schwenkten auf eine Politik der Massen ein, weil sich so ihre Klientelpolitik besser absichern ließ. Zyniker der Macht wie Bismarck verließen sich auf die traditionelle Loyalität und die ‚Dummheit der Massenwählerschaft‘. Sie erkannten früh, dass ein allgemeines Wahlrecht eher die Rechte als die Linke stärken würde (Hobsbawm 1995, 115).

Die Parteien in den Demokratien entwickelten sich zu Trägern von Weltanschauungen, weil nur auf diese Weise größtmögliche Mobilisierungen des eigenen Lagers zu erreichen war, und zumindest programmatisch für die gesamte Bevölkerung gesprochen werden konnte. Die neuen Massenparteien sprachen nicht nur für eine bestimmte Gruppe oder definierten sich selbst als Klientelpartei. Aus Weltanschauungen und Ideologien ließen sich umfassende Führungsansprüche im Staat ableiten. Der Kampf um die Durchsetzung der Sonderinteressen der gesellschaftlichen Gruppen tendierte in der Massendemokratie folgerichtig zu einem Kampf um Weltanschauungen, den gerade Max Weber ins Zentrum der Politik gerückt sah (Weber 1988, 252).

Die Ausweitung des Politischen auf Weltanschauungen verbindet sich mit möglichst effektiven Techniken der Massenmedien. Einerseits ist es nicht mehr einer kleinen informierten Öffentlichkeit, die noch dazu über ein überdurchschnittliches Bildungsniveau verfügt, vorbehalten, grundsätzliche Diskurse zu führen (Wehler 1987, 303-331). Massenmedien sehen ihr Publikum in der gesamten Bevölkerung, weshalb sie im Gegensatz zu offenen, komplexen Diskussion in Versammlungen, Salons und elitären Printmedien auf vervielfältigte einfache Botschaften setzen. Für die Debatten hieß das, dass das Wahrheitsziel dem Ziel, die öffentliche Meinung zu dominieren, tendenziell untergeordnet ist.

Öffentliche Meinung ist natürlich ein schwer zu kontrollierendes Konstrukt, es ist eine Mischung aus Common Sense und irrationalen Botschaften, es ist:

„Die Doxa ..., das ist die öffentliche Meinung, der Geist der Mehrheit, der kleinbürgerliche Konsensus, die Stimme des Natürlichen, die Gewalt des Vorurteils. Doxologie (ein Wort von Leibnitz) kann jede Art zu sprechen genannt werden, die dem Anschein, der Meinung oder der Praxis angepasst ist.“ (Barthes 2010, 52)

Die öffentliche Meinung ist in diesem Kontext eine Totalisierung von eigentlich oft vernünftigen Einsichten. Unbewegliche Phrasen werden wiederholt, wobei vorzugsweise auf einen gesunden Menschenverstand rekurriert wird. Dieser Normal- oder Durchschnittsverstand behauptet, sich an dem unmittelbaren Erleben der Menschen im Alltag zu orientieren. Die mediale Werbung für Ideologien muss sich in diesem schwer zu definierenden Bereich der öffentlichen Meinung strategisch bewegen. Politische Lager sind auch derzeit in ihren Krisenanalysen darauf angewiesen, zugleich massentaugliche Botschaften zu formulieren.

Liberale stehen grundsätzlich in deutlichem Widerspruch zu propagandistischen, manipulativen Politikauffassungen, wenn sie im vernunftgeleiteten, mündigen Individuum die Grundeinheit der Gesellschaft bestimmen.⁵ Aber Neoliberale treibt vor allem ihr Anti-Kollektivismus an. In der Masse werden mündige Bürger zu einem ‚Hort kollektiver Dummheit‘ (Ortega Y Gasset 1997). Neoliberale, die selten Massenparteien im Rücken hatten, müssen demnach selbst manipulativ tätig werden, um die liberalen Ziele gegen die konservativen und sozialistischen Weltanschauungen zu verwirklichen. Der Liberalismus ist demnach gezwungen, sich zur Weltanschauung zu erweitern, und eine massenwirksame Ideologie zu entwerfen, die fähig ist, ganze Bevölkerungen hinter sich zu bringen – und sei es um den Preis der Manipulation. Das ist die Grundaussage von Walter Lippmanns Buch ‚Public Opinion‘ (Lippmann 1922), das Friedrich August von Hayeks Konzept zur Rückerringung der Macht vorausging. Hayek trug bei der Konstituierung der neoliberalen Mont Pelerin Gesellschaft 1947 ein schlichtes Konzept vor, in dem ‚Second Hand Dealers‘, im Grunde Journalisten, Wissenschaftlern, Lehrern etc, die Ideen der neoliberalen ‚Original Thinkers‘ zum gewichtigen Teil der öffentlichen Meinung machen, und die Grundlage einer Rückkehr in die Regierungen schaffen. Die ‚Second Hand Dealers‘ werden dabei von Kampagnen neoliberaler Think-Tanks unterstützt (Hayek 1947). Trotz der Einfachheit der Aufstiegsstrategie, die die Komplexität westlicher Gesellschaften kaum berücksichtigte, hat die Beschreibung des Neoliberalismus als ein Produkt von lange im Hintergrund wirkender Honoratiorengesellschaften und Think-Tanks eine Berechtigung (Mirowski/Plehwe 2009, Walpen 2004).

Eine weitere Grenze der Krisendebatten sind deshalb die (oft diffusen und vereinfachten) Vorstellungen der neoliberalen Eliten von der öffentlichen Meinung. Einschlägige Vorstellungen führen zu einem vorgeprägten strategischen Kalkül in den Debatten. Allein die neoliberale Propagierung der Alternativlosigkeit – die reale Einschränkung der Wahrheitsmöglichkeiten in der demokratischen Debatte, also die Abschaffung des Pluralismus – schien bei andauernder

⁵ Für diese Art von gebildeter Souveränität gibt Kants kategorischer Imperativ den höchsten moralischen Ausdruck. Jedes individuelle Handeln muss auch Ausdruck eines allgemeinen Gesetzes sein können, was nichts anderes besagt, dass der Bürger jeden Versuch, über Weltanschauungen zu manipulieren, mit Skepsis betrachtet.

Debattenhoheit in den Medien und in der Expertenszene zu ermöglichen, dauerhaft Einschnitte von den Nicht-Eliten zu fordern, ohne Wahlniederlagen befürchten zu müssen. Gesetze - wie in Deutschland die Hartz IV-Gesetze – begründeten Neoliberale immer wieder mit der Gedankenfigur, dass nur gegenwärtiger Verzicht, den die Vielen zu leisten hätten, zukünftige Erfolge in der globalen Wettbewerbswirtschaft ermöglichen (Ein Beispiel geben die Redeprotokolle des SPD-Sonderparteitages zur Absegnung der Agenda 2010). Interessant ist, dass dieser neoliberale Gedankengang die Gegenwart immer als krisenhaft einschätzt. Die neoliberalen Netzwerke versuchten dann in der Krise die Debattenhoheit über Wirtschaft und Ordnungspolitik zu erhalten, um der Politik und nicht dem Markt die Schuld an der Krise zu geben (Markt oder Politik, im Übrigen beides vor der Krise tendenziell neoliberal). Die Mont Pelerin Gesellschaft und das neoliberale Stockholm-Netzwerk verstanden sich dabei als Weltanschauungsgemeinschaft (Plehwe 2010), deren Aufgabe es ist, den Kapitalismus wie in den 1930er oder 1970er Jahren zu verteidigen.

Wirtschaftliche Pressure-Groups werden von neoliberalen Regierungen ermuntert, Lobbynetzwerke aufzubauen, die der demokratischen Kontrolle von unten einen interessenorientierten (medialen) Einfluss von Besitzeliten und Institutionen entgegensetzen. Setzt das neoliberale Machtsystem auf Manipulation, ist es allerdings in der Demokratie durch die Wahrheit gefährdet. Der allgemeinste und banalste Nenner der Krisendebatten ist, dass sich der Kampf um das diffus-totalisierte Gebilde der öffentlichen Meinung dreht, und durch das Wechselspiel von Manipulation, sprich Lüge, und dem Anspruch auf Wahrheit vorangetrieben wird. Denn die Demokratie kann dauerhaft nicht auf die Möglichkeit verzichten, wahr zu sprechen und den Begriff der Wahrheit – und sei es als Selbstreinigung – positiv zu besetzen (Foucault 2010, d'Arcais 2004). Die Krisendebatten waren von Beginn an Versuche, das neoliberale System zu spiegeln. Die Wahrheit über den wirtschaftlichen Erfolg oder Misserfolg des Systems ist im Neoliberalismus der Gesellschaft jedoch strukturell nicht auf Anhieb zugänglich, weil Teilbereiche – besonders die Wirtschaft aber auch im New Public Management die Verwaltung – der staatlichen respektive der demokratischen Kontrolle entzogen sind. Aber nach 2008 schien sich der Schleier der Unübersichtlichkeit und der Verdecktheit der tatsächlichen Machtverhältnisse kurzfristig zu lüften. Der besonders unzugängliche Finanzmarkt war augenscheinlich kollabiert.⁶

⁶ Wie der Wohlfahrtsstaat versucht der Neoliberalismus, die öffentliche Meinung über den Ausweis wirtschaftlichen Erfolges für sich zu gewinnen. Das erste und letzte Argument des Neoliberalismus lautet, für strukturellen und tatsächlichen wirtschaftlichen Erfolg durch die Freiheit des Kapitals zu sorgen. Das Wort tatsächlich ist von nicht zu unterschätzender Bedeutung, denn gerade der wohlfahrtsstaatliche Keynesianismus hatte über einen erstaunlich langen Zeitraum wirtschaftlichen Erfolg zu bieten, was die Verfechter einer Marktöffnung vor das Problem stellte, die Eliten trotz unvergleichlichem Profit von den Vorzügen des reinen Marktmodells überzeugen zu müssen. Dass es qualitative Unterschiede des wirtschaftlichen Wachstums gibt, musste somit behauptet werden (Hayek 1971, Friedman 1959). Das

Die globalen Wirtschaftskrisen und die Labilität der Märkte sitzen den Neoliberalen inzwischen auch bei den internen Debatten zur Selbstverständigung im Nacken (Plehwe 2010). Die Versuche, reale Katastrophen und schlechte wirtschaftliche Aussichten mit halbherzigen, Strukturen nicht antastenden Problemlösungen zu bekämpfen, verraten ähnlich wie im real existierenden Sozialismus, dass die wirtschaftliche und gesellschaftliche Realität über den neoliberalen Kapitalismus wie eine Offenbarung herzufallen droht. Deshalb sind die Versuche, über Manipulation und Dominanz in den Massenmedien eigene Positionen zu stärken, nach wie vor verführerisch. Der ideologisch-propagandistische Aufwand von Think-Tanks, einschlägigen Medien und Parteiapparaten ist gerade in der Krise beträchtlich (Plehwe 2010). Waren die Krisendebatten in den ersten Wochen noch durch ein ostentatives Schweigen und augenscheinliche Verwirrung der neoliberalen Kommentatoren geprägt (Nordmann 2009), konsolidierte sich das neoliberale Lager zusehends, auch weil der anfangs befürchtete Zusammenbruch des Kapitalismus ebenso ausblieb wie politischer Druck auf Regierungen und wirtschaftliche Eliten. Es schien sich abzuzeichnen, dass die Gesellschaft selbst nicht im Gegensatz zum Kapitalismus, auch nicht in seiner neoliberalen Spielart, steht, und ein Prozess ‚fortschreitender Einwilligung‘ (Roland Barthes) stattgefunden haben könnte.

Aber trotz der Konsolidierung forderten Steuersenkungen für Unternehmen und Deregulierungen nur noch kleinere Parteien wie die FDP. Allerdings ist ein Revival des Sozialabbaus und der Privatisierung über den durch die Bankenrettung entstanden höheren Zwang zur Haushaltskonsolidierung und der Gefährdung der Währungsstabilität unter den gegenwärtigen Machtverhältnissen wahrscheinlich (die EU-Politik in der Griechenlandkrise ist hierbei aufschlussreich). Das umso mehr, weil die konservativ-

Abqualifizieren keynesianischer Erfolge funktionierte über die inzwischen klassische neoliberale Denkfigur, dass die Wachstumsraten des wohlfahrtsstaatlichen ‚Golden Age‘ über Schulden finanziert gewesen seien und somit den folgenden Generationen eine gewaltige Hypothek hinterlassen hätten. Der keynesianische Erfolg entbehrt in dieser Logik der kaufmännischen Substanz und der Anerkennung der rechenhaften Grundgesetze der Marktwirtschaft. Das Gegenteil einer scheinbaren Wachstumsrate kann nur eine reale Wachstumsrate sein. Dieser Nachweis erwies sich für die Neoliberalen von Beginn an als problematisch. Nicht nur, dass die Wachstumsraten der 1980er und 1990er Jahre kaum mit den Wachstumsraten der wohlfahrtsstaatlichen Epoche mithalten konnten (Judt 2006/2011). Auch waren ein Teil der Gewinne einem hochspekulativen Finanzmarkt zu verdanken. Zum einen hätte eine reale Einlösung derselben zweifelsfrei zu einem sofortigen Zusammenbruch des Finanzsystems geführt, und zum anderen steigerten die Gewinne nicht den Reichtum der gesamten Gesellschaft. Spekulative Gewinne und wachsende Ungleichheit respektive reale Lohneinbußen und wachsende Armut waren kaum dazu angetan, dem neoliberalen Wirtschaftswachstum mehr Substanz zu geben, noch dazu, wenn in den zentralen westlichen Staaten die Staatsverschuldung weiterhin Höchstwerte erreichte. Denn entgegen den Versprechungen, die strukturellen Probleme des Wohlfahrtsstaates, unter anderem eben die öffentliche Verschuldung, in den Griff zu bekommen, verschuldeten sich neoliberale Regierungen im gleichen Stil wie wohlfahrtsstaatliche Regierungen – wenn auch für andere Ziele und mit konträren Begründungen (zum Beispiel das Aufrüstungsprogramm Ronald Reagans). Der Vorwurf der mangelnden kaufmännischen Tugenden und der Hypotheken für die kommenden Generationen mutete angesichts der neoliberalen Verschuldungspraxis, der Präferenz für unkontrollierte Finanzmärkte und spekulative Börsen, sowie einem mehr spielerischen Umgang mit Zahlen kurios an. Zudem werden nach Krisen folgenden Generationen extreme Systemrettungsschulden aufgebürdet.

liberalen Regierungen nunmehr wieder eigentlich neoliberale Politik als etatistische Konsolidierungspolitik verkaufen.

Die Beschreibungen der Handlungsweisen neoliberal orientierter Eliten in der Krise verdeutlichen ein politisches Kennzeichen der neoliberalen Epoche: Die Eliten treten aktiv und offensiv in der von ihr beherrschten politischen Arena auf. Obwohl bei der Deregulierungspolitik meist kein Ausgleich oder ein Konsens mit der tragenden Mittelschicht der Gesellschaft gesucht wurde, festigten Besitzeliten und die ihnen nahe stehenden Finanzmanager auch im politischen System der Bundesrepublik Deutschland ihre Machtpositionen (Wehler 2008). Die Versuche, eine dauerhaft in der Öffentlichkeit präsente institutionalisierte Opposition gegen den Neoliberalismus zu organisieren, müssen trotz immer wieder aufflammender Proteste sozialer Bewegungen und sich außerhalb der Regierungsarbeit äußernden sozialdemokratischen Unbehagens als gescheitert angesehen werden. Das Fehlen einer institutionell verankerten Opposition gegen die gefestigte, sich als alternativlos bezeichnende Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik der Besitzeliten deutet nicht zuletzt darauf hin, dass es nachhaltig gelingt, Systemkritik aus dem öffentlich akzeptierten Meinungsspektrum herauszuhalten. Der Sachverhalt offenbart einen grundlegenden Mangel an Demokratie sowie das Fehlen eines öffentlichen Raumes, in dem sich oppositionelle Stimmen gleichberechtigt artikulieren können.

Sach- und Grundsatzdebatten in der Krise

Nach Christian Meier (Krise ohne Alternative) ist eine Krise dann gegeben, wenn ein System aus sich heraus die Systemprobleme nicht mehr lösen kann. Die Probleme sprengen die Kapazitätsgrenzen der Gesellschaft, weil die Missstände institutionalisiert sind (Meier 1997, XLIV). Politiker, Journalisten, Manager, öffentlich intervenierenden Wissenschaftler haben das analoge Problem, innerhalb eines Systems, das sie tragen und das sie zu den Funktionen Positionen geführt hat, die sie ausfüllen, grundsätzliche Paradigmenwechsel zu denken und das befürwortete eigene System ernsthaft – nicht nur in Worten, sondern gegebenenfalls auch im Handeln – zu verändern. Logisch erscheint es, wenn in dieser Konstellation die prägende Frage zur Krise nicht die der Veränderung im Sinne der Systemalternative ist, sondern die Frage, wie das bestehende, erodierende System gerettet werden kann. Denn Systemkrisen sind Krisen eines Machtsystems und der sie tragenden Eliten. Krisen zweifeln gewohnheitsmäßige und institutionalisierte Vorrechte von Eliten an, und ein tatsächlicher Paradigmenwechsel schließt einen Austausch der Eliten ein (Pareto 2005). Insofern ist die Debatte um die Krise in den führenden politischen und wirtschaftlichen Kreisen und eben auch in den hierarchischen Spitzen der Medienindustrie nicht zuletzt ein indirekter Kampf um die eigene herausragende Stellung. Die Diskurse um das Metathema Krise spiegeln deshalb mitnichten nur

verschiedene politische ideologische Lager wieder. Eine sich im Kapitalismus durch Effektivität und Leistung legitimierende Elite muss Vorrechte und Machtstellungen in dem Diskurs um die Krise neu legitimieren. Insofern schwenken die Themen der Krisendebatten vom ökonomischen Prozessdenken seit 2008 verstärkt auf die politische Ebene der Macht der gesellschaftlichen Gruppen über, wenn es den bisherigen Eliten nicht überzeugend gelingt, die Krise rein technisch zu bewältigen. Erst an dieser Stelle ist von einer Politisierung der Krisendebatten zu sprechen (Habermas 1990, 14).

Entscheidend für den Ausgang der Krisendebatten (die zum Teil über die Ausrichtung der Krisenrettungsmaßnahmen entscheiden), sind neben den Zugangsbeschränkungen der einschlägigen öffentlichen Debatten die Einschränkung und die Definition des Themas Krise (Koselleck 2010, 203-217). Erstens gilt es zu bestimmen, ob ein Teilbereich des gesellschaftlichen Funktionssystems, zum Beispiel die Wirtschaft oder auch nur die Finanzindustrie, in der Krise ist, oder aber die grundsätzlichen Systeme des gesellschaftlichen Zusammenlebens, also auch die Institutionen der Politik oder die Gesellschaft als Ganzes Anzeichen einer Krise aufweisen. Zweitens muss diskutiert werden, wie der krisenhafte Bereich funktioniert - nach den Maßgaben eines prozesshaft funktionierenden, organischen Gebildes, einer rationalen Organisation oder einer Maschine. Reißt zum Beispiel eine Krise der Finanzindustrie die Produktionsindustrie und dann auch analog der 1930er Jahre in Deutschland das politische System der liberalen Demokratie in den Abgrund? Oder ist die bestehende Demokratie, zum Beispiel wegen ihrer oligarchischen Machtstrukturen (Banken, Konzerne, politische Pressure Groups), selbst der Verursacher der Krise?

Hieraus ergeben sich die Demarkationslinien zwischen Sach- und Grundsatzdiskussion, wobei die Sachdiskussion in der Regel nach technischen Gesichtspunkten geführt wird. Krisen können in der Sachperspektive durch technische Maßnahmen (Veränderung des Prozessrahmens, Umorganisation von Organisationen und Institutionen, Reparaturen) gelindert oder behoben werden. Grundsatzdiskussionen abstrahieren und sehen in der Technik ein Mittel zum Zweck, weshalb von einer Grundsatzdiskussion im eigentlichen Sinn nur dann gesprochen werden kann, wenn der politische Zweck, mithin das Ziel der Gesellschaft, des Staates, der Wirtschaft oder der Politik annähernd bestimmt wird. Die letztliche Grundsatzfrage ist in der Demokratie die demokratische Frage selbst oder konkret die Frage, ob Prozesse und Machtstrukturen noch mit dem Gesellschaftsvertrag respektive der Verfassung in Einklang zu bringen sind. Die demokratische Frage unterliegt keinen Zeitbeschränkungen oder dem Effektivitätskriterium, sofern die Demokratie als Wert über der ökonomischen Effizienz steht, was nach Rawls eine Grundvoraussetzung für nachhaltige demokratische Systeme ist (Rawls 1979, 336-337).

Sachdiskussionen führen in der Regel in beschränktem Fachwissen ausgewiesene Experten. Sie analysieren Fehlerketten und schlagen technische Maßnahmen zur Behebung von Fehlentwicklungen

vor. In der Krise wird allerdings verstärkt die Problematik der parteiischen Experten sichtbar. Sie zeigt sich eklatant im Bereich der den Neoliberalismus mehrheitlich befürwortenden Wirtschaftswissenschaften, die in der Krise zwar zum Teil langjährige Fehleinschätzung einräumten (zum Beispiel Werner Sinn), aber das System, das zu der Krise geführt hat, nur in eng umrissenen Teilbereichen (zum Beispiel neue Regeln für den Finanzmarkt) revidieren wollten. Die Axiome der neoliberalen Ideologie bleiben unangetastet:

„Der wirtschaftliche Fortschritt liegt in der Privatisierung. Der Staat ist für manches gut, aber nicht fürs Wirtschaften als Ersatz für den Markt.“ (Hand D. Barbier: Zur Ordnung: Für die Haftung. In: Frankfurter Allgemeine Zeitung, Nr. 243, 17. Oktober 2008, S. 13)

Bei der liberalen Wirtschaftswissenschaft ist der Zusammenhang zwischen Aufstieg und systemabhängigem Zugriff auf Ressourcen eindeutig. Es ergibt sich daraus für die sich meist wissenschaftlich legitimierenden Sachdebatten das Problem, dass die Grundsätze axiomatisch nicht thematisiert werden, obwohl sie die Ausrichtung der Sachdebatten bestimmen. Die Ressourcenzuteilung nach neoliberalen Kriterien, genau genommen die neoliberalen Produktionsbedingungen der Wissenschaft, die auch nach der Krise gegeben sind, haben Einfluss auf die Äußerungen der Experten, die ihren wissenschaftlichen Erfolg mehrheitlich nicht an Wahrheitskriterien sondern nach ökonomischen Kriterien beurteilen (Stehr 2007, Nordmann 2008, 111-112). Der ökonomische Erfolg ist der Maßstab aller gesellschaftlichen Bereiche im Neoliberalismus (Becker 182), so auch in der Wissenschaft. Der Neoliberalismus hat unverrückbare Grundsätze, die sich je in den Sachproblemen zeigen. Deshalb können neoliberale Experten (Ökonomen) nur in dem Sinn über Grundsätze reden, dass die Politik die Maßgaben des Marktes respektive des Liberalismus noch nicht umgesetzt oder grundsätzlich nicht beachtet haben.

„Deshalb sollte liberale Wirtschaftspolitik dafür sorgen, dass sie nie in eine Situation gerät, in der sie mit der Begründung ‚too big to fail‘ – ‚too interconnected to fail‘ den Schutzmantel über Firmen ausbreiten muss und nicht mehr zurückkann.“ (Gerhard Schwarz: systemwidrige Stabilisierungen des Systems. In: Neue Zürcher Zeitung, Nr. 214, 13. September 2008)

Die Existenz von Krisen ist in den Gesamtkomplex des neoliberalen Expertendenkens eingearbeitet. Krisen bestätigen das eigene Denken und stellen es deshalb nur im absoluten Grenzfall in Frage. Neoliberale Experten sind Go-Betweens zwischen Sach- und Grundsatzausrichtung. Die Sachintervention ist im Prinzip immer auch eine ideologische Intervention. Ziel ist nicht die Wahrheit oder ein besseres Funktionssystem, sondern der Fortbestand eines bestimmten Macht- und Distributionssystems über alle Krisen und Wahlen hinweg (Dieses Machtsystem wird trotz oft zugegebener Krisenanfälligkeit als überlegen angesehen). Deshalb kann es keine Sach- und Grundsatzdiskussion ohne strategische Vorentscheidungen geben:

„Die durch Massenmedien zugleich vorstrukturierte und beherrschte Öffentlichkeit wuchs sich zu einer vermachteten Arena aus, in der mit Themen und Beiträgen nicht nur um Einfluss, sondern um eine in ihren strategischen Intentionen möglichst verborgene Steuerung verhaltenswirksamer Kommunikationsflüsse gerungen wird.“ (Habermas 1990, 28)

Die neoliberal konnotierte Sachdiskussion unterstellt der Grundsatzdiskussion Anmaßung, weil grundsätzliche Diskussionen gerade im Detail ungenau oder falsch sein können, zumindest aus Sicht des Fachexperten (Hayek 1996). Anmaßend ist aus neoliberaler Sicht, mehr als überschaubare Teilprobleme lösen zu wollen, und das Funktionsprinzip des Nichtwissens als Motor der Marktwirtschaft (Nordmann 2008, 118-124) zu hintertreiben. Gerade in einer komplexen, netzwerkartigen, prozesshaften Ökonomie, die auf selbstorganisierten Prozessen beruhen würde, so neoliberale Ökonomen wie Friedrich August von Hayek, Fritz Machlup oder Milton Friedman, kann ein Gesamtentwurf nur ‚Unwilling Consequences‘ bewirken.

Im Umkehrschluss bekämpft der fragmentierte neoliberale Experte in seinen Teilbereichen zwangsläufig Symptome, und in der Krise ist er auf Notstandsmaßnahmen angewiesen. Neoliberale Ökonomen oder Publizisten sind in den Krisendebatten durchaus Verbündete des Krisengedanken, weil sie über Jahre wie der Kolumnist Hans D. Barbier eine politische und wirtschaftliche Krise diagnostizierten, um anzumahnen, den Gesetzen des Marktes mehr Geltung zu verschaffen. Die marktwirtschaftlichen Maßnahmen müssten – auch das gemäß der Definition von Krise ‚Entscheidung in Zeitnot‘ (Koselleck 2010, 204) – wie die Lösung von gesellschaftlichen Teilproblemen in der Krise schnell erfolgen. Zeit ist Geld sagt in diesem Sinn die kapitalistisch-ökonomische Effizienz vor allen Inhalten. Generell wird der Aktivität gegenüber der Passivität der Vorzug gegeben. Es existiert in den neoliberal oder von einer kapitalistischen Logik dominierten Krisendebatten ein Handlungsprimat, das durch den Gedanken einer permanenten Krise angetrieben wird.

Grundsatzdiskussionen, die über das Markt-versus-Staat-Spiel neoliberaler Provenienz hinausgehen, werden tendenziell von Gruppen geführt, die gesellschaftliche Bereiche und Funktionen sowie Fach- oder Expertendiskussionen a priori überschreiten, auch wenn es zum Beispiel in der Person des universitär bestellten Philosophen oder des Intellektuellen als Redakteurs zwangsläufig Überschneidungen gibt. Wenn es kein Beruf ist, über Grundsätze nachzudenken, sind der Intellektuelle und der Laie die prädestinierten Typen für Grundsatzdiskussionen. In ihnen manifestiert sich vorab der Wille, Fachwissen als Mittel zum Zweck und als Teil des Ganzen zu sehen, sowie bereichsübergreifende Handlungs- und Denksysteme zu kennzeichnen. Wie eingeschränkt zum Beispiel die innerkapitalistischen Krisendebatten nach 2008 waren, zeigt sich daran, dass die Frage Keynesianismus (Hereinpumpen) versus neoliberale Haushaltspolitik (Sparen) zur herausragenden Grundsatzfrage erhoben wurde. Nicht einmal die Problematik des kapitalistischen Wachstumsmodells

wurde mit dieser Frage berührt. Ein Grundsatzanliegen wäre in diesem Kontext die Infragestellung des Handlungsprimats des pragmatischen Denkstils und die Unfreiheit des ökonomischen Prozessdenkens (wenn man sich axiomatisch selbstorganisierenden Marktprozessen unterwerfen muss, und spontane politische und wirtschaftliche Ordnungen als Marktergebnisse nicht ablehnen kann (Hayek 1994)).

Grundsätzliche Fragen tangieren immer möglichst viele Bereiche menschlichen Lebens und Zusammenlebens. Um das Ganze beurteilen zu können, muss der Teilnehmer an Grundsatzdebatten in der Lage sein, einen Standpunkt von außen zumindest als Rolle einzunehmen. Grundsatzdebatten brauchen Zeit, wenn sie dem demokratischen Maßstab, dass möglichst viele oder alle gehört werden, gerecht werden wollen. Grundsatzdebatten werden ständig geführt, können aber in einer deregulierten Medienwelt und unter neoliberalen Regierungen und Produktionsbedingungen nicht im Zentrum der Öffentlichkeit stattfinden, weshalb, was die Krisendebatten seit 2008 vor Augen führen, der öffentliche Raum geöffnet und entflechtet werden muss, um tatsächlich pluralistische Diskussionen über Systemalternativen führen zu können.

Literatur

- D'Arcais, Flores (2004): Die Demokratie beim Wort nehmen. Der souverän und der Dissident, Berlin.
- Barthes, Roland (2010): Über mich selbst, Berlin.
- Becker, Gary (1982): Der ökonomische Ansatz zur Erklärung menschlichen Verhaltens. Tübingen.
- Böckenförde, Ernst-Wolfgang (2011): Wissenschaft, Politik, Verfassungsgericht. Aufsätze und ein biographisches Interview von Dieter Gosewinkel, Berlin.
- Cavell, Stanley (2006): Der Anspruch der Vernunft. Wittgenstein, Skeptizismus, Moral und Tragödie, Frankfurt/Main.
- Foucault, Michel (1974): Die Ordnung des Diskurses, München.
- Foucault, Michel (2010): Der Mut zur Wahrheit, Vorlesungen am College de France 1983/84, Berlin.
- Friedman, Milton (1959): Capitalism and Freedom. Chicago.
- Graeber, David (2012): Schulden. Die ersten 5000 Jahre, Stuttgart.
- Habermas, Jürgen (1990): Strukturwandel der Öffentlichkeit, Frankfurt/Main (Erste Auflage 1962).
- Harvey, David (2007): Kleine Geschichte des Neoliberalismus, Zürich.
- Von Hayek, Friedrich August (1971): Die Verfassung der Freiheit, Tübingen.
- Von Hayek, Friedrich August (1947): The Intellectuals and Socialism 1947. In: Friedrich August von Hayek: The collected works of F.A. Hayek, Volume X: Socialism and War. Essays, Documents, Reviews. Hrsg. von Bruce Caldwell, London 1997. S. 221 ff.
- Von Hayek, Friedrich August (1994): Freiburger Studien. Erste Auflage 1969. Tübingen.
- Von Hayek, Friedrich August (1996): Die Anmaßung von Wissen. Neue Freiburger Studien, Tübingen.
- Hobsbawm, Eric (1995): Das imperiale Zeitalter, Frankfurt/Main.
- Judt, Tony (2006): Die Geschichte Europas nach dem Zweiten Weltkrieg, München.
- Judt, Tony (2011): Dem Land geht es schlecht. Ein Traktat über unsere Unzufriedenheit. München.
- Koselleck, Reinhard (2010): Begriffsgeschichten. Studien zur Semantik und Pragmatik der politischen und sozialen Sprache, Frankfurt/Main.
- Luhmann, Niklas (1983): Legitimation durch Verfahren, Frankfurt/Main.

- Meier, Christian (1997): *Res publica amissa*. Eine Studie zu Verfassung und Geschichte der späten römischen Republik, Frankfurt/Main, erste Auflage 1980.
- Mirowski, Philip, Plehwe, Dieter (Hrsg.) (2009): *The Road from Mont Pelerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*, New York.
- Nordmann, Jürgen (2005): *Der lange Marsch zum Neoliberalismus. Vom Roten Wien zum freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs*, Hamburg.
- Nordmann, Jürgen (2008): *Das Prinzip des Nichtwissens im Jahrhundert der Wissenschaft. Zum Verhältnis von Neoliberalismus und liberaler Wissenschaftstheorie*. In: Butterwege, Christoph, Lösch, Bettina, Ptak, Ralf (Hrsg.): *Neoliberalismus. Analysen und Alternativen*, Wiesbaden, S. 111-131.
- Nordmann, Jürgen (2009): *Keine Alternative. Neoliberale Positionen in den Printmedien nach dem Finanzcrash*, in: Ötsch, Walter/Thomasberger, Claus: *Der neoliberale Marktdiskurs. Ursprünge, Geschichte, Wirkungen*, Marburg, S. 257-276.
- Ortega Y Gasset, Jose (1997): *Der Aufstand der Massen*, Frankfurt/Main.
- Pareto, Vilfredo (2005): *Allgemeine Soziologie*, Frankfurt/Main.
- Plehwe, Dieter (2010): *Die Mont Pelerin Society und neoliberale Think-Tanks in der Krise*. In: Ötsch, Walter, Hirte, Katrin, Nordmann, Jürgen (Hrsg.): *Krise! Welche Krise?. Zur Problematik aktueller Krisendebatten*, Marburg, S. 187-208.
- Rawls, John (1979): *Eine Theorie der Gerechtigkeit*, Frankfurt/Main.
- Stehr, Nico (2007): *Die Moralisierung der Märkte. Eine Gesellschaftstheorie*, Frankfurt/Main.
- Walpen, Bernhard (2004): *Die offenen Feinde und ihre Gesellschaft. Eine hegemonietheoretische Studie zur Mont Pelerin Society*, Hamburg.
- Weber, Max (1988): *Einleitung zu: Die Wirtschaftsethik der Weltreligionen*. In: Weber, Max: *Gesammelte Aufsätze zur Religionssoziologie*, Tübingen 1988, S. 237-275.
- Wehler, Hans-Ulrich (1987): *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1700-1815*, Band 1, München.
- Wehler, Hans-Ulrich (2008). *Deutsche Gesellschaftsgeschichte 1949-1990*, Band 5, München.